

## Die Neu-/Wiedereröffnung der Universität Berlin und die Gründung der Freien Universität Berlin<sup>1</sup>

Siegward Lönnendonker

50 Jahre nach der Gründung der Freien Universität tut sie sich immer noch schwer mit ihrer Identität. So richtig will sich kaum jemand mit ihr identifizieren, weder mit der „roten Kaderschmiede“ von 1968, noch mit der politischen Universität von 1948, die gegen jene der „Universität unter Hammer und Sichel“ im anderen Teil der Stadt gegründet wurde. Daß die Freie Universität eine politische Universität ist und bleibt, und daß sie zu einer geschichts-, gesichts- und identitätslosen Allerwelthochschule wird, wenn sie dies leugnet, ist das Dilemma der Hochschulpolitiker, die seit eh und je unsere Universität vom Pesthauch des Politischen befreien wollen (dessentwegen sie und ihre Examina von den westdeutschen Universitäten lange nicht anerkannt wurden).

Die Freie Universität war keine Gegen-gründung zur Berliner Universität, sondern eine Gründung zur Fortführung der Berliner Universität im Geiste Wilhelm von Humboldts, die unter den Nationalsozialisten und unter den Kommunisten ihrer eigentlichen Aufgabe und Definition, der „universitas litterarum“, der Gesamtheit der Wissenschaften in freier Forschung und Lehre, verlustig gegangen war.

„Die neue Universität, die darum die Freie heißt - das wieder und wieder zu sagen, darf niemand müde werden, der sie mitgegründet hat oder bei ihrer Gründung dabei war - ist gegen Zwang gegründet worden. Zwang - das war für uns damals der Inbegriff der NS-Zeit: der unmittelbare, die Knochen zerbrechende, und der mittelbare, die Zunge zerspaltende, lautlos funktionie-

rende Zwang. Zwang trat uns jetzt im Zentrum der neuen-alten Universität, im Zentrum der zerstörten Stadt entgegen. Studenten wurden verhaftet, wohlweislich in den Semesterferien, es gab kein Verfahren, sie hatten durch ihre Verhaftung aufgehört, Bürger der Universität zu sein, und die Bürger der Universität (so hieß es damals) hatten sich nur um ihre Universität zu kümmern.“ So Klaus Heinrich, selbst Gründungsstudent, in seinen "Erinnerungen an das Problem einer freien Universität" aus dem Jahre 1967.<sup>2</sup>

### *Erste Aktivitäten der Professoren*

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen versuchte der Professor der Philosophie und Pädagogik Eduard Spranger unter schwierigsten Bedingungen (ohne Post und Verkehrsmittel), zu „nicht aktiv hervorgetretenen Nationalsozialisten“ der alten Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität erste Kontakte herzustellen. (Spranger, der „zwar die nationalen Tendenzen der neuen Regierung bejahte“, war seit 1934 Mitglied der Berliner Mittwochsgesellschaft. Im September 1944 wurde von der Gestapo verhaftet. Nach seiner Freilassung las er bis zur Zerstörung des letzten Auditoriums am 31. Januar 1945 über Sokrates und Plato. Während dieser Zeit hatte er nach eigenem Bekunden „immer im Gegensatz zu dem Hitler-Regiment“ gestanden.)<sup>3</sup>

Am 20. Mai 1945 traf sich ein Kreis von 13 Professoren und Dozenten zu einer ersten

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Kurzfassung von: Lönnendonker, Siegward: Freie Universität Berlin - Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988.

<sup>2</sup> Heinrich, Klaus: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität, in: Das Argument Nr. 43, Heft 2/3 Juli 1967, S. 94; bei den verhafteten Studenten handelte es sich um die Herausgeber und einen weiteren Mitarbeiter der Studentenzeitung "Colloquium".

<sup>3</sup> Vgl. Spranger, Eduard: Private Darstellung meiner Tätigkeit als kommissarischer Rektor der Universität Berlin, vom 7. September 1945, OMGUS 3/5 - 297 "Berlin. General and Re-opening". Eduard Spranger verfaßte diese Darstellung für die amerikanischen Dienststellen in Berlin, da er den Eindruck hatte, "daß mich die Amerikaner für den Rektor hielten, der aus dem letzten Jahr der Naziregierung übriggeblieben wäre".

Besprechung. Spranger hielt ein Referat über Voraussetzungen und Möglichkeiten der Wiedereröffnung der Berliner Universität. Er warnte vor dem „Irrweg einer 'politischen Universität'“ und stellte das Konzept einer „erziehenden“ dagegen. Nach Hitler solle eine erneuerte Universität eine problematisierende, nicht dogmatische Hochschule auf „genossenschaftlicher Grundlage“ sein. Mit seinem Vortrag knüpfte Spranger an die Tradition der untrennbaren Einheit von Forschung und Lehre an, wie sie von Johann Gottlieb Fichte Wilhelm von Humboldt und Friedrich Daniel Schleiermacher Anfang des letzten Jahrhunderts für die Friedrich-Wilhelms-Universität begründet worden war.

Spranger wollte darüber hinaus die Universität der Vier-Mächte-Kontrolle unterstellen und dem politischen Zugriff der Sowjets entziehen. Das bedeutete für ihn räumlich die Verlegung in die Westsektoren (offensichtlich jedoch ohne über die Beratungen im „Allied Kommandantura Education Committee“ (AKEC) informiert gewesen zu sein). Drei Tage nach dieser Sitzung baten der schwerkranke Prorektor, der Professor für Ägyptologie Dr. Hermann Grapow (NSDAP-Mitglied), der Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht Dr. Paul Giesecke (NSDAP-Mitglied) und der Professor für Mittlere und Neuere Geschichte Dr. Fritz Rörig Spranger, die Geschäfte der Universität zu übernehmen. (Der Rektor der Universität, der Orthopäde Prof. Dr. Lothar Kreuz, der unter seinem weißen Arztkittel die SS-Uniform zu tragen pflegte, lebte nach der Verlagerung seines Krankenhauses in der Gegend von Treplitz und konnte sich nicht um die Universität kümmern.) Am 8. Juni 1945 setzte der Stadtrat für Volksbildung beim Magistrat für Groß-Berlin, Otto Winzer, Spranger als Vorsitzenden des „Leitenden Ausschusses für Hochschulfragen“ ein. Das „Notprogramm“ des Leitenden Ausschusses umfaßte vor allem die politische Überprüfung und Wiedereinstellung des Lehrkörpers, den Wiederaufbau bzw. die Wiederinstandsetzung der Gebäude, die Zulassungsbedingungen

für Studenten und Vorlesungspläne. Schon bald wurde die Auswertung der Fragebögen zur Wiedereinstellung der Hochschullehrer die zeitraubendste Tätigkeit. In Berlin sollte im Unterschied zu den West-Zonen schon die formale Mitgliedschaft in einer NS-Organisation Kündigungsgrund sein. Für einen geschäftsführenden Rektor, der sich bemüht eine Universität wieder aufzubauen, eine glatte Unmöglichkeit! „Man male sich nur das eine aus: Von den Klinikdirektoren wurde verlangt, daß alle Krankenschwestern, die in der Partei gewesen waren, sofort entlassen wurden. Die davon betroffenen Mediziner, die diesen Ukas von mir empfangen, müssen natürlich angenommen haben, ich sei um den Verstand gekommen.“<sup>4</sup> Spranger half sich und anderen, indem er die Pakete mit den ausgefüllten Fragebögen nicht auswertete (was die Einleitung der Kündigung bedeutet hätte), sondern sie unausgewertet an den Magistrat weiterleitete. „Ich übte also - ohne mir über die damit verbundene Gefahr klar zu sein - die erste Sabotage.“ Am 16. Juli 1945 wurde durch eine von Otto Winzer unterzeichnete Bekanntmachung der „Zentralausschuß der Studentenschaft beim Magistrat von Berlin“ eingesetzt: „Der Zentralausschuß sieht seine Aufgabe darin, die zukünftige Studentenschaft zu einem Grundstein des antifaschistisch-demokratischen Deutschland zu gestalten.“ Gezielte Aufklärungsveranstaltungen sollten die - überwiegend aus bürgerlichen Elternhäusern stammenden - Studenten zu kritischen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus anregen und sie für die Mitarbeit beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik gewinnen. Tradierter „Standesdünkel“ sollte an der Universität keinen Platz mehr haben. Der Magistrat werde bemüht sein, „eine enge Bindung zwischen den Professoren, Dozenten und dem Magistrat und vor allem auch zum

<sup>4</sup> Spranger Eduard: Die Universität nach Kriegsende 1945 (aufgrund von Aufzeichnungen aus dem Jahre 1945 geschrieben 1953 bis 1955), in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. X, Tübingen/Heidelberg 1970, S. 289.

gesamten Volk herzustellen". Vorsitzender wurde der parteilose Student aus dem Umkreis der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, Joachim Schwarz.<sup>5</sup>

### Vorkurse

Am 3. September 1945 nahm die Universität Berlin mit den Vorkursen für Studienbewerber die Lehrtätigkeit auf. Dort wiederholten Professoren und andere Lehrkräfte das „Abiturwissen“ hauptsächlich für Studienbewerber, die das Abitur schon gemacht hatten, sie waren also als eine Art Repetitorium organisiert. Für diejenigen, die kein Abitur hatten, wurden „Förderkurse“ eingerichtet. Die damalige Dekanin der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Else Knake, schätzte die Vorkurse so ein: „Die sicherste Methode, zum Studium zu kommen, ist aber folgende: Kinder von Arbeitern oder Bauern, die selbst nur Volksschule haben, gehen ein halbes Jahr auf die 'Vorschule' der Universität, wo nur Bewerber ohne Abitur angenommen werden.“<sup>6</sup>

Im Februar 1946 wurden erstmals in Sachsen Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium für begabte junge Leute eingerichtet, die aus politischen oder sozialen Gründen

das Abitur nicht hatten machen können, vornehmlich Kinder von Arbeitern, Angestellten und Bauern. Im Mai wurden diese „Vorstudienanstalten“ genannten Kurse auch in Berlin und der Mark Brandenburg eingeführt. Die Einrichtung der Vorstudienanstalten war zunächst bei den verschiedenen Parteien angesichts des verschwindend geringen Anteils von Arbeiter- und Bauernkindern unter den Studenten, der nicht den erforderlichen Begabungen und Fähigkeiten entsprechen konnte, nicht strittig. Daß darüber hinaus auch denen, die wegen politischer und rassistischer Verfolgung während der Nazi-Zeit nicht hatten studieren können, eine Chance gegeben werden sollte, war ebenso Konsens. Jedoch war die damit zusammenhängende, kaum konkret beweisbare Politisierung der Universität durch die Auswahl bei der Aufnahme in die Vorstudienanstalten und die Bevorzugung von Parteimitgliedern beim Zulassungsverfahren zunehmend Zielpunkt der Kritik, besonders von studentischer Seite. Mit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurden die Vorstudienabteilungen in „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ umgewandelt.

<sup>5</sup> Verordnungsblatt der Stadt Berlin, 1. Jg. 1945, S. 62. Als Adresse des "Zentralausschusses" wird "Berlin W 15, Hardenbergstr. 34 (Studentenhaus)" angegeben, d.h. der Ausschuß arbeitete im britischen Sektor im Studentenhaus der Technischen Hochschule. Henny Maskolat behauptet, daß dies nicht - wie vom Ausschuß angegeben - aus raumtechnischen, sondern "tatsächlich und im wesentlichen ... aus politischen Gründen" erfolgt sei. "Eine Reihe dieser Studenten" habe im Ausschuß danach getrachtet, "das bürgerliche Studentenleben vergangener Tage wieder zu etablieren". Maskolat, Henny: Arbeiterbewegung und Berliner Universität in der Periode der Wiedereröffnung 1945/46, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. XV (1966), Heft 4, S. 537.

<sup>6</sup> Rundschreiben der Dekanin (der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Else Knake S.L.) an die Fakultätsmitglieder (Abschrift), o.D. (zwischen dem 15. und dem 20., mit ziemlicher Sicherheit der 16. September 1946), OMGUS 3/5 - 297 "Berlin University".

### Das Allied Kommandatura Committee

In dem seit August tagenden „Allied Kommandatura Committee“ (AKEC) stellte sich im September 1945 endgültig heraus, daß sich die sowjetischen Vertreter mit ihrer Argumentation, die Friedrich-Wilhelms-Universität sei immer nur eine Provinzhochschule der Mark Brandenburg gewesen und gehöre deshalb unter die Kontrolle der SMAD in Karlshorst, bei den westlichen Vertretern nicht durchsetzen konnten.

Zielvorgabe der Sowjets war offenbar die alleinige Kontrolle der Universität und deren „Sowjetisierung“, d.h. die totale Unterordnung unter die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die die Heranbildung einer ausschließlich der Partei ergebenen Elite für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung machte, notfalls nur in dem von ihnen be-

setzten Teil Deutschlands.<sup>7</sup> Was die Institution Universität anbelangte, so befanden sie sich in einem Dilemma: Wurde die Universität wiedereröffnet, so gehörte sie unter Vier-Mächte-Kontrolle, wurde sie neueröffnet, so bedeutete das den Verzicht auf die Gebäude und Institute der alten Friedrich-Wilhelms-Universität. Parallel zum Streit darüber schufen sie unumstößliche Fakten, die die amerikanische Position zunehmend verschlechterten.

Nach Vertagungs-, Protokollgenemigungs- und Krankheitstricks ließen die Sowjets schließlich in der Sitzung des Allied Kommandatura Committee (AKEC) am 6. September 1945 die erste Bombe hochgehen: Der sowjetische Vertreter, Oberst Pjartly, konfrontierte die Vertreter der drei Westmächte mit folgender Argumentation:

1.) Die Berliner Universität sei eine preußische Universität;

2.) sie sei nicht die führende deutsche Universität, die Universitäten Bonn, Heidelberg oder Göttingen seien bedeutender; und  
3.) der Einzugs- und Einflußbereich der Berliner Universität sei hauptsächlich die Mark Brandenburg.

Aus dieser Konstruktion zog er folgende Schlußfolgerungen:

4.) Die Verwaltung der Berliner Universität sei allein Angelegenheit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Karlshorst und nicht die der sowjetischen Militärregierung in Berlin; und schließlich

5.) Die Kompetenzen der sowjetischen Militärdienststellen in Berlin beschränkten sich auf politische und ideologische Überwachung.<sup>8</sup>

Dadurch wurde der 1810 gegründeten Berliner Universität, mit deren Frühgeschichte sich Namen wie Wilhelm und Alexander von Humboldt, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Ernst Daniel Schleiermacher, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Karl von Savigny verbinden, die kulturelle Bedeutung im nationalen Maßstab abgesprochen, und sie auf ein provinzielles Niveau herabdefiniert. Darüberhinaus zeigte diese Interpretation schon die grundsätzliche Auffassung der Regierung der UdSSR über den Status des sowjetisch besetzten Sektors von Berlin als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Für die damalige Situation bedeutete das konkret, daß der Magistrat von Groß-Berlin auf den Wiederaufbau der Universitätsverwaltung keinen Einfluß haben sollte, obwohl die Finanzierung der Universität zu dieser Zeit über den Berliner Haushalt lief. Interessant ist, daß keiner der westlichen Alliierten die inzwischen erfolgte Errichtung der „Zentralverwaltung für Volksbil-

<sup>7</sup> Pjotr. I. Nikitin, unter Solotuchin Hochschuloffizier der SMAD im Range eines Majors, konstatiert „das Fehlen einer klaren Konzeption für die Besatzungspolitik von Seiten der Sowjetunion und ihren Verzicht auf eine Ausbildung von Kadern für die zukünftigen Besatzungsorgane“ für die ersten beiden Nachkriegsjahre. Auf seine Frage an Solotuchin nach Dokumenten für ihre Arbeit in der SMAD habe dieser auf die Beschlüsse von Jalta und Potsdam als „wichtigste Grundlagen“ verwiesen. Darüber hinaus habe es im Unterschied zu den westlichen Zonen, in denen die Hochschuloffiziere weitgehende Rechte gehabt hätten, u.a. das, „sich in Rektorsangelegenheiten einzumischen“, in der Sowjetischen Besatzungszone „nichts Vergleichbares“ gegeben. Eine Einflußnahme sei nur über den Dienstweg möglich gewesen: „Leiter der Abteilung Volksbildung der SNAD ⇒ Stellvertreter des Obersten Chefs ⇒ Verwaltung der SMA des Landes bzw. der Provinz ⇒ Landespräsident ⇒ Bildungsminister des Lands bzw. der Provinz ⇒ Rektor. Natürlich gab es auch Abweichungen von diesem Schema.“ Na Gott sei Dank! Nikitin, Pjotr. I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Berlin 1997, S. 24 ff.

<sup>8</sup> Protokoll der AKEC-Sitzung vom 6. September 1945; Shafer, Paul F., History of the Control of the University of Berlin, Paper vom 26. März 1946 (es handelt sich dabei um Auszüge aus einem Report von Capt. Ch. W. Meister, Ch. W.); OMGUS 3/4 - 10 "University Papers 1948".

„dung“ erwähnte, geschweige denn später die Unterstellung der Berliner Universität unter deren Verwaltung. Organisatorisch waren die Weichen längst gestellt. Unmittelbar nach dieser Sitzung des Alliierten Kontrollrates autorisierte die sowjetische Militärregierung die Berliner Universität, die offizielle Eröffnung für den 12. November 1945 anzukündigen. (Der Eröffnungstermin wurde dann allerdings zweimal verschoben.)

#### *Die Zentralverwaltung für Volksbildung*

Am 12. September 1945 wurde die Zentralverwaltung für Volksbildung eingerichtet. Als deren Präsident wurde der an der Moskauer Lenin-Schule ausgebildete Journalist, der Mannheimer Alt-Kommunist Paul Savigny bestellt; Vizepräsident wurde der Professor für Innere Medizin, Dr. Theodor Brugsch. Zentrale Aufgabe war der Wiederaufbau des Hochschulwesens und der Wissenschaften, ihren Sitz hatte die neue Zentralverwaltung im sowjetischen Sektor von Berlin. Von jetzt ab geschah offiziell alles auf Anweisung der Zentralverwaltung. Solange keine Konflikte auftauchten, erweckte die Zentralverwaltung den Eindruck einer gewissen Selbstverwaltung durch deutsche Stellen. Sobald sich jedoch Widerspruch regte, und Professoren oder Studenten über die Zweckmäßigkeit von Anordnungen anderer Meinung waren und diese geändert sehen wollten, wies die Zentralverwaltung mit schöner Selbstverständlichkeit auf die Beschneidung ihrer Kompetenzen durch die SMAD hin, und dagegen war kein Kraut gewachsen. Die sowjetische Militäradministration, vertreten durch den für die deutschen Hochschulen zuständigen Generalleutnant Professor Pjotr Solotuchin, hielt sich dezent zurück.<sup>9</sup> Das konnte sie auch,

<sup>9</sup> Pjotr I. Nikitin beschreibt den ehemaligen Rektor der Leningrader Universität Solotuchin als Menschen mit der Fähigkeit, „unkonventionell zu denken. ... Sicher ist es auch kein Zufall, daß von dem Moment an, als man in Ostdeutschland begann, die Bandagen fester anzuziehen, ein solcher Mensch unbequem wurde. Mitte 1948 wurde Solotuchin in die

da die Kompetenzen der den einzelnen Universitäten und Hochschulen zugeordneten sowjetischen Hochschuloffiziere umfassend waren. Kaum jemand wußte überhaupt, daß jede Berufung, jeder Antrag auf Zulassung zum Studium oder jede Exmatrikulation vom jeweiligen sowjetischen Hochschuloffizier genehmigt oder abgelehnt wurde. In der Öffentlichkeit fiel kaum auf, daß der Rektor dem Hochschuloffizier untergeordnet war.<sup>10</sup> Das heißt jedoch nicht, daß diese Offiziere nicht durchaus gute Fachleute mit umfangreichen Kenntnissen der deutschen Universität waren.

Das wichtigste Datum für das Geschick der Berliner Universität nach dem Kriege ist der 12. Oktober 1945. An diesem Tag unterstellten die Sowjets sie der Zentralverwaltung für Volksbildung. Im AKEC wurde darüber nicht diskutiert.

Damit war alles gelaufen! Am Morgen des 12. Oktober erschien Dr. Naas vom Magistrat von Berlin bei Spranger und erklärte, daß 1.) für die Universität Berlin nicht mehr der Magistrat, sondern die (am 12. September eingerichtete) Zentralverwaltung für Volksbildung zuständig sei und 2.) deren Präsident Wandel ihn als Rektor abgesetzt habe, Prof. Dr. Johannes Stroux werde die Geschäfte bis zur ordentlichen Wahl eines Rektors durch die Universität führen. Das zeigte, wer ab diesem Zeitpunkt in wessen Auftrag das Sagen hatte, und was er zu sagen gedachte.

Spranger resignierte hauptsächlich wegen des fehlenden Interesses der westlichen Besatzungsmächte, besonders der amerikanischen, an den Fragen der Universität: „Man interessierte sich erheblich mehr für die Schulen. An dem Problem Universität ging man vorüber.“ Spranger sah sich immer mehr als „Beauftragter einer Gruppe kommunistischer Rückwanderer aus Rußland“. Unter seinen Augen sah er „die kümmerli-

Sowjetunion zurückbeordert.“ Nikitin, Pjotr. I.: Zwischen Dogma ..., a.a.O., S.19 f.

<sup>10</sup> Vgl. die Erklärung von Dr. Robert Rompe (SED) vor dem Studentenrat, in: FORUM, Nr. 5, Berlin 1948, S.20.

chen Reste der Berliner Universität nach dem Muster des russischen Hochschulwesens" umgestaltet. Unter den Professoren herrschte Enttäuschung, daß es den Amerikanern und den Engländern (auf die Franzosen hatte niemand Hoffnungen gesetzt) nicht gelungen war, eine von den Sowjets unabhängige Universität unter der Kontrolle des Magistrats und damit der vier Mächte einzurichten (bezahlt wurde sie vom Magistrat allerdings noch bis Ende des Jahres). Dazu kam, daß die westlichen Alliierten keinen Schutz gegen die Requirierung ihrer Häuser geboten hatten. Mit der Unterstellung der Universität unter die Zentralverwaltung hatte die SMAD praktisch den einseitigen Verwaltungsakt vollzogen. Das bedeutete: Die Berliner Universität war nicht weiter eine Anstalt des Öffentlichen Rechts, sondern eine der Zentralverwaltung nachgeordnete Dienststelle mit allen möglichen Konsequenzen, auch in Fragen der Autonomie der Hochschule.

Am 1. Januar ging die Finanzierung der Universität in den Zuständigkeitsbereich der Zentralverwaltung über. Offiziell betraute der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der SMAD, Armeegeneral Wassili Sokolowski, durch Befehl Nr. 4 vom 8. Januar 1946 die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone mit der Leitung und Verwaltung der Berliner Universität. Dieser Befehl erging unter Umgehung des Verwaltungsanspruchs der Stadt Berlin als Rechtswahrer preußischen Besitzes in Berlin und damit auch unter Umgehung der Viermächte-Kontrolle.

#### *Die Studentische Arbeitsgemeinschaft*

Als am 12. September 1945 die Zentralverwaltung für Volksbildung geschaffen wurde und die Verwaltung der Universität vom Magistrat auf diese überging, war der „Zentralausschuß der Studentenschaft beim Magistrat von Groß-Berlin“ nicht mehr existent. Im November wurde er formal aufgelöst und statt seiner die „Studentische Arbeitsgemeinschaft im Jugendausschuß der Stadt Berlin“ gegründet. Zu ihrem Vor-

sitzenden wurde Georg Wrazidlo (CDU) ernannt. Wrazidlo war hochdekorierter Offizier der Wehrmacht gewesen, was er allerdings verschwiegen hatte. Später war er als Mitglied einer antifaschistischen Widerstandsgruppe mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 in Verbindung gebracht worden. Als von den Nazis zum Tode Verurteilter wurde er im April 1945 von den Amerikanern aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit. Mit der Einsetzung von Georg Wrazidlo signalisierte die Zentralverwaltung, daß sie weiterhin den bisherigen Kurs zu verfolgen gedachte, bürgerliche, zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereite Studenten zu fördern, um an den Universitäten eine breite demokratisch-antifaschistische Basis zu etablieren. Ähnlich wie Joachim Schwarz bemühte sich auch Georg Wrazidlo ehrlich um eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Kommunisten, zumal die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Universität große Fortschritte machten. Da diese Anstrengungen fast ausschließlich von der sowjetischen Seite unternommen wurden, während sich die Aktivitäten der westlichen Alliierten auf Proteste gegen Interpretationen der Sowjets im Hinblick auf die Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur beschränkten, blieb den Studentenvertretern keine andere Möglichkeit, als sich mit den Kommunisten irgendwie zu arrangieren.

Die „Richtlinien“ der Studentischen Arbeitsgemeinschaft vom Dezember 1946 zeigen, daß die SMAD und die deutschen Verwaltungstellen die Kontinuität ihrer Hochschulpolitik nach Kriegsende wahrten: Solange noch keine neue, nicht in nationalsozialistischem, sondern in antifaschistisch-demokratischem Sinn erzogene Studentengeneration herangewachsen war, bemühten sie sich um ein Bündnis aller antifaschistischen Studenten aus allen Bevölkerungsschichten. Die Umsetzung dieses Konzepts war umso notwendiger, als die alten Professoren der Universitäten in ihren politischen Einstellungen ohnehin nicht mehr zu ändern waren, und aufrechte Demokraten unter ihnen die Minorität darstellten. Die

„Richtlinien“ gingen - durchaus in humanistischer Tradition - davon aus, daß sich jeder Student neben seinem Fachwissen auch eine umfassende Allgemeinbildung aneignen sollte.

Vordringliches Ziel der Arbeitsgemeinschaft war „die Herausbildung eines demokratischen und dabei konsequent antifaschistischen Lebens in unseren Hoch- und Fachschulen auf der Grundlage ernster, wissenschaftlicher und materieller Arbeit, damit neue Studenten zu Stützen der Demokratie und zu den Aktivisten beim Neuaufbau unserer zerstörten Heimat werden. Eine freie Wahl ist im Augenblick nicht möglich, weil ein großer Teil der Studierenden noch nicht genügend Abstand zur Nazizeit und ihren Lehren gewonnen hat. Je eher die Studentenschaft zeigt, daß sie reif zu konsequenter antifaschistischer Arbeit geworden ist, umso eher werden die Studenten sich in einer allgemeinen, gleichen und direkten Wahl in geheimer Abstimmung ihre endgültigen Ausschüsse wählen können, die jedoch von der Wählerschaft abgerufen sind, wenn sie den ihnen gestellten Aufgaben nicht genügen.“<sup>11</sup>

Der letzte Absatz sollte in den folgenden Monaten eine Quelle ständigen Streites zwischen der Zentralverwaltung und der Arbeitsgemeinschaft werden. Bedeutete er doch einerseits die Vertagung der freien Wahl von Studentenvertretungen auf den Tag, an dem die Zentralverwaltung sicher sein konnte, daß eine Mehrheit von kommunistischen Kandidaten gewählt werden würde, also frühestens in einigen Jahren, wenn nämlich die neue, in ihrem Sinne erzogene Studentengeneration die alte bürgerliche abgelöst haben würde; andererseits bedeutete die Vorenthaltung des freien Wahlrechts auch immer, den augenblicklich Studierenden politische Unreife und zu große Befangenheit im nationalsozialistischen Gedankengut zu attestieren, ein Ver-

halten, daß sich keine Universität für die Dauer von Jahren leisten kann. Daß mit dem letzten Satz stillschweigend die Einführung des imperativen Mandats erfolgte, ohne daß dies in der Studentenschaft in seinen Implikationen diskutiert worden wäre, wurde auch später kein Thema von Auseinandersetzungen. Bei der allgemeinen Unsicherheit über die tatsächliche Bereitschaft zu demokratischem Engagement und im besonderen bei der immer bestehenden Möglichkeit der Fälschung der Angaben über die eigene politische Vergangenheit bestand über diesen Passus in der Studentenschaft offensichtlich Konsens.

Die „Studentische Arbeitsgemeinschaft“/„Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“ bestand weiterhin auf ihrer Forderung, den Vorsitzenden in demokratischer Wahl selbst zu bestimmen, was ihr - zur eigenen Überraschung - schließlich zugestanden wurde. Am 13. Juli 1946 stellten sich vier Kandidaten zur Wahl. Erster Vorsitzender wurde stud. med. Otto H. Hess (SPD), auf den 160 der 325 abgegebenen Stimmen entfielen, zweiter Vorsitzender stud. phil. Herbert Theuerkauf (SED) mit 94 Stimmen. Stud. med. dent. Horst Roegner-Francke (parteilos) erhielt 69 und stud. phil. Otto Stolz (SPD) 10 Stimmen. Beide wurden stellvertretende Vorsitzende. Bei den Studenten war Hess bekannter und beliebter als Stolz, der wegen seiner scharfen Kritiken in verschiedenen Publikationen bei der SED schon fast gefürchtet war. Otto Stolz schrieb u.a. für die „Berliner Zeitung“, die „Welt der Arbeit“ und für „Horizont“. In Studentenkreisen herrschte der Eindruck vor, daß Stolz und Stolz lieber Politik machten als sich um ihre Studien zu kümmern. (Beide haben ihr Studium nicht abgeschlossen.) Zwischen ihnen mag es Rivalitäten gegeben haben, doch als spätere Herausgeber der Zeitschrift „colloquium“ haben sie zusammen mit anderen Mitgliedern der SPD-Hochschulgruppe das Schicksal der Studentenschaft an der Humboldt-Universität entscheidend geprägt.

<sup>11</sup> Studentische Arbeitsgemeinschaft im Jugendausschuß - Richtlinien, Berlin Dezember 1945, Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte, Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte Nr. 10814.

### *Die Neueröffnung*

Am 29. Januar 1946 wurde in einem feierlichen Akt die Neueröffnung der Berliner Universität unter alleiniger Kontrolle der Sowjets vollzogen, wie sie in den sieben Monaten zuvor von der sowjetischen Militäradministration vorbereitet worden war.

Die Rechtsgrundlage war der Befehl der SMAD an den Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung, eine Universität zu eröffnen. In einem vertraulichen Bericht des Leiters des Studentenreferats bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Rudi Böhm, für den Kulturausschuß des „Deutschen Volksrates“ heißt es dazu: „Auf Grund dieses Befehls ... wurde am 20. Januar 1946 die Universität Berlin eröffnet - nicht wiedereröffnet. Es ist vermieden worden, an die alte Universität, die bestand, anzuknüpfen, sondern es ist eine neue Schöpfung, eine neue Anstalt, die hier gegründet wurde. ...“<sup>12</sup> Bei aller Enttäuschung der Professoren über die Amerikaner: Die Sowjets hatten gehandelt und die Uni eröffnet - und sie versprachen den Professoren viel. Es war die Stunde der großen Illusionen, fast niemand von ihnen wußte, was eine sowjetische Hochschule war, und daß die Sowjets die Absicht hegten, die Berliner Universität - wie auch die anderen Hochschulen ihres Einflußbereichs - nach diesem Muster umzufunktionieren. Es zeigte sich, daß die bis dahin verfolgte „sanfte“ Politik gegenüber den bürgerlichen Studenten und Professoren nicht Auswirkung eines liberalen Konzeptes war, sondern eine notwendige Übergangsphase bis zur Heranziehung einer neuen Generation der kommunistischen Partei verpflichteter Studenten und Dozenten, die bereit war, die alma mater als Parteihochschule zu akzeptieren.

Hier ist die Geburtsstunde der Freien Universität: Gegen diese Vergewaltigung des

Humboldtschen Geistes regte sich bald Widerstand, der einzige, den die Universität bis dahin hervorgebracht hatte. Er wurde erleichtert durch die Teilung der Stadt, durch die neuen Einrichtungen der von den anderen Besatzungsmächten „verordneten Demokratie“ (Pirker). Im anderen Teil der Stadt konnten die Studenten - vor allem sie leisteten den Widerstand - ihre Kritik formulieren und öffentlich machen. Die Zeitungen nahmen sich im beginnenden Kalten Krieg nur zu gern der Mißstände in der „Zone“ und in Ost-Berlin an.

### *Studenten*

Die erste Generation der an der wiedereröffneten Berliner Universität wie auch an den anderen deutschen Hochschulen Studierenden zeichnet sich durch eine besondere politische Abstinenz aus. Zum größten Teil in der Weimarer Republik geboren, hatte sie die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise miterlebt; ihre politische Sozialisation war in der Propaganda des „Dritten Reiches“ erfolgt. In den Schützengräben hatten die jungen Soldaten nicht gerade Zeit und Muße gehabt, über die Ziele der Politik des NS-Regimes oder gar die politische Rolle des Staatsbürgers in einer politischen Diktatur nachzudenken. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die sie als „Zusammenbruch“ erlebt hatten, zwang sie zu der Erkenntnis, daß die Nazis den Krieg verloren hatten; das machte sie jedoch noch nicht zu Antifaschisten. Erst kam für sie das Fressen und dann die Moral. Die politische Unsicherheit gegenüber den Siegermächten, die totale Unerfahrenheit im Umgang mit demokratischen Institutionen als kontrollierbaren Instanzen, die die Einmischung des einzelnen nicht unter Strafe stellten, sondern sie geradezu forderten, die aktuelle Notlage, die einen Großteil der Kräfte zur Bestreitung des täglichen Lebensunterhalts in Anspruch nahm, dies alles förderte unter den Studenten die Haltung, sich ausschließlich auf das Studium zu konzentrieren und es möglichst schnell abzuschließen.

<sup>12</sup> Zit. n. Kotowski, Georg., Der Kampf um Berlins Universität, in: Veritas \* Iustitia \* Libertas - Gedenkschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia-University New York, Berlin 1954, S. 18.



Politische Studentengruppen waren an den Universitäten die Minorität. Die Universitätszeitungen der Nachkriegszeit sind voll von Klagen der Studentenvertreter über das Desinteresse dieser Studentengeneration an jeglicher Art von studentischer Mitbestimmung wie an politischem Engagement überhaupt. Politische Betätigung der Studenten, insbesondere parteipolitisch ausgerichtete, wurde auch von den Professoren nicht gern gesehen. Prof. Dr. Johannes Stroux, der von der SMAD eingesetzte Nachfolger Prof. Sprangers als Rektor der Universität Berlin, hielt studentische Organisationen in den Parteien für nicht wünschenswert. Besonders zu einer Zeit, zu der die Studenten noch nicht offiziell immatrikuliert wären, würden sie sich durch ihre politische Arbeit als Universitätsangehörige darstellen, was sie in Wahrheit nicht seien. Die Mehrzahl der Studenten sei ohnehin nicht an Politik interessiert und das beste Mittel gegen zu viel politische Aktivität sei die baldige Eröffnung der Universität.<sup>13</sup>

Die wenigen politisch interessierten, bei der Gründung der FU aktiven Studenten kamen aus den Gefangenenlagern. Sie waren zwischen 25 und 35 Jahre alt und hatten die Unfreiheit im Nationalsozialismus bewußt miterlebt. Die Russen waren für sie die Befreier; außerdem zeigten die Sowjets als einzige Interesse für die Belange der Studenten. (Die amerikanische Erziehungspolitik beschränkte sich anfänglich fast nur auf das Schulwesen.) Es herrschte weitgehend eine „naiv-rosa verklärte“ emotionale Stimmungslage: Goebbels „hat uns immer beschwindelt, und so wird er uns auch in bezug auf die Sowjets beschwindelt haben.“ Die stalinistischen Säuberungsaktionen hatte man kaum zur Kenntnis genommen. Und die Kulturpolitik der deutschen Kom-

munisten, die sich im ersten Nachkriegsjahr in Berlin noch zurückhielten, empfand man eher als liberal denn als autoritär. Umso enttäuschter waren die Studenten, als sie erkennen mußten, daß Sowjets und deutsche Kommunisten die Freiheit wieder aus Hochschulen und Universitäten verbannten und diese zu reinen Parteischulen degradierten. Im Gegensatz zur Parteiebene, wo sich die KPD wieder konstituierte, gab es nach 1945 an den Universitäten keinen eigenständigen kommunistischen Studentenverband mehr. Stattdessen wurden auf Initiative der KPD auch in den Städten der sowjetischen Besatzungszone „Antifaschistische Jugendausschüsse“ eingerichtet, aus denen Ende Februar 1946 die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) gebildet wurde. Durch vorbildliche Arbeit in diesen überparteilichen Ausschüssen sollten die KPD-Mitglieder die Mehrheit der Jugendlichen auf ihre Seite ziehen.

In den folgenden Monaten verschärfen sich die politischen Differenzen zwischen den studentischen Vertretern auf der einen und dem Magistrat und der SMAD auf der anderen Seite - besonders in der Frage der Zulassung und der Eröffnung der Universität unter Viermächtekontrolle -, so daß organisatorische Konsequenzen der zuständigen Verwaltungsstellen mit dem Ziel der Disziplinierung zu erwarten waren. Zum Programm der SMAD gehörten massive Eingriffe in das Zulassungsverfahren für Studenten ebenso wie in die Zusammensetzung der Studentenvertretung.

Das bisher geübte Wohlverhalten seitens der Studentenvertreter hielt nicht lange vor. Zum Eklat kam es anlässlich der Feiern zum 1. Mai. Ganz unter dem Eindruck der am 20. April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetisch besetzten Sektor Berlins durchgesetzten Vereinigung von KPD und SPD zur SED waren an der Universität neben den Fahnen der Besatzungsmächte auch rote Fahnen und ein Transparent mit dem neuen Partei-Emblem, zwei ineinandergreifenden Händen, geißt worden. Lautsprecherwagen warben für den Sieg des Sozialismus.

<sup>13</sup> Gespräch von Captain Paul F. Shafer (AKEC) mit dem Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. Johannes Stroux, U S Headquarters Berlin District And Headquarters First Airborne Army, Report concerning present status of the University of Berlin, 8 December 1945, OM-GUS 3/5 297 "Berlin: General And Reopening".

Eine Gruppe von ca. 30 Mitgliedern der Studentischen AG, „ohne Ausnahme anerkannte Opfer des Faschismus bzw. nachweislich aktive Antifaschisten“, protestierte dagegen in einem Brief, der am 5. Mai dem Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. Johannes Stroux, und gleichzeitig der Öffentlichkeit übergeben wurde. Unterzeichner waren u.a. Joachim Schwarz, Helmut Coper, Georg Horst Hartwich und Otto Hess. Die Gruppe bekannte sich ausdrücklich dazu, daß die akademische Jugend am 1. Mai die werktätige Bevölkerung grüße, und auch dazu, daß die Fahnen der alliierten Siegermächte an der Universität gezeigt würden. „Aber wir unterzeichneten Studenten und Studentinnen aller Fakultäten erheben öffentlich und in aller Form Protest dagegen, daß an der Universität Fahnen und Symbole politischer Parteien gezeigt werden. Die Universität dient der Wissenschaft und Bildung und ist keine Parteiinstitution. Wir bitten, in Zukunft von der Anbringung derartiger Symbole Abstand zu nehmen.“<sup>14</sup>

Georg Wrazidlo wurde sofort seines Postens enthoben und durch den Studenten Wolf (SED) ersetzt, den anderen Unterzeichnern wurden disziplinarische Maßnahmen angedroht.

### Zulassungen

Eine wesentliche Voraussetzung für die politische Umorientierung der Studentenschaft sollte durch die bevorzugte Immatrikulation von aktiven Antifaschisten und solchen Studenten erreicht werden, die während des Nazi-Regimes vom Studium ausgeschlossen waren. Hier sind Ansätze erkennbar, parallel zum antifaschistischen Block der Parteien ein Studentenkartell der antifaschistischen Kräfte an den Hochschulen aufzubauen, das den Kern einer späteren studentischen Selbstverwaltung bilden sollte. Es ging jedoch weniger darum, kommunistische und sozialistische Programmpunkte an den Universitäten durchzusetzen, als das Wiederaufleben des

Korporationswesens oder anderer konservativer und rechtsradikaler Traditionen in der Studentenschaft zu verhindern.

Zunächst galt es, Kriterien für die Auswahl der Studienbewerber zu finden. Es lag auf der Hand, daß sich diese politisch zunächst an der unmittelbaren Vergangenheit orientierten: Erstens sollten aktive Antifaschisten aufgenommen werden, die sich in der Praxis bewährt hatten, zweitens Bewerber, die zwar bisher keine antifaschistische Praxis aufzuweisen hatten, jedoch auch niemals Mitglieder der NSDAP oder anderer nazistischer Organisationen gewesen waren. Auf diese Weise hoffte man, faschistischen Bewerbern den Zugang zum Studium verwehren zu können. Die zunächst verfolgte Strategie, das Instrument Zulassung ausschließlich zur Abwehr von Nazis und „Reaktionären“ zu nutzen, wich bald einer neuen Zielsetzung. Die Zentralverwaltung machte die Erfahrung, daß die bevorzugt zugelassenen Bewerber aus den unteren Schichten der Bevölkerung die in sie gesetzten Hoffnungen mindestens in einem Punkte nicht erfüllten: Sie stellten kein Gegengewicht gegen den alten Geist der Universität im Sinne eines „proletarischen Bewußtseins“ dar. Im Gegenteil: „...diese Studenten aus der Arbeiter- und Bauernklasse wurden dann hervorragende bürgerliche Studenten, und deren Bewußtsein war dann völlig angepaßt an die Mehrheit der bürgerlichen Studenten.“<sup>15</sup>

Ebenso wie die geübte Praxis des Zulassungsverfahrens entpuppte sich auch eine andere Strategie als nicht erfolgreich im Sinne der Zentralverwaltung. Das Bemühen, bei den bisher eingesetzten Studentenvertretungen ein möglichst breites politisches Spektrum abzudecken und an deren Spitze eher Parteilose oder Mitglieder bürgerlicher Parteien zu setzen als bekannte Kommunisten, hatte den Effekt, daß sich diese mehr und mehr mit eigenen politischen Vorstellungen auch gegen die Zentralverwaltung profilierten und damit bei

<sup>14</sup> Erklärung vom 5. Mai 1946, in: "Der Tagespiegel" vom 9. Mai 1946.

<sup>15</sup> Interview Peter Heilmann am 21.5.82, im Besitz des Verfassers.

der Mehrheit der Studenten auf Zustimmung stießen, wie spätestens bei den ersten demokratischen Wahlen zum Studentenrat im Januar 1947 offenbar wurde. Ändern ließ sich diese Situation erstens durch massive Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft bei zweitens gleichzeitiger Organisierung der Neuzugelassenen und politisch-klassenbewußter Schulung. Bei Fehlen eines eigenen Studentenverbandes der SED konnte letzteres nur durch die Partei selber geschehen. Die massive Neuzulassung von Arbeiter- und Bauernkindern wurde durch rigide Auslegung der bestehenden Zulassungskriterien und durch Schaffung neuer Vorschriften erreicht. Das geschah schrittweise.

In den am 24. Juni 1946 erlassenen „Hinweisen über die Zulassung zum Studium“ wurde ein Negativkatalog aufgestellt, der unter dem Titel „Politische Vorbedingungen“ (für die Zulassung) in das Vorlesungsverzeichnis aufgenommen wurde: „Politisch belastete Personen sowie frühere aktive Offiziere und Reserveoffiziere vom Oberleutnant ab aufwärts werden nicht zugelassen. Im einzelnen gelten hierzu folgende Bestimmungen:

Zum Studium werden nicht zugelassen:

1. Alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, unabhängig davon, in welchem Jahre sie geboren sind,
2. aus der ehemaligen HJ und dem ehemaligen BDM:
  - a) alle ehemaligen Führer (-innen) von folgenden Führergruppen ab aufwärts: Jungstammführer, Mädleringführerin, Jungmädleringführerin,
  - b) alle sonstigen ehemaligen Mitglieder, die eine aktive Tätigkeit entfaltet haben,
3. alle ehemaligen Mitglieder der SA und SS,
4. alle ehemaligen aktiven Offiziere des Heeres, der Luftwaffe, der Marine und der Polizei,
5. alle ehemaligen Reserveoffiziere, die im Rang eines Oberleutnants und höher standen,

6. alle ehemaligen aktiven RAD- und OT-Führer sowie alle ehemaligen Führer von Organisation Speer-Einheiten,

7. alle ehemaligen Angehörigen einer Ordensburg, einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola - NPEA) oder einer Adolf-Hitler-Schule,

8. Kinder, deren Eltern angesehene aktive Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen waren, oder gegen deren Eltern von den Besatzungsmächten besondere Maßnahmen ergriffen wurden (z.B. Verhaftungen), wenn sie infolge ihrer faschistischen Erziehung eine Gefahr für die demokratische Gesinnung und Haltung der Studentenschaft bilden.

Anmerkung zu Punkt 1-8:

Der Zulassungsausschuß kann jedoch Anträge auf Zulassung zum Studium von Bewerbern, die unter Punkt 1-8 fallen, weiterleiten und befürworten, wenn die Studienbewerber dokumentarisch belegen, daß sie während des Krieges oder auch nachher gegen den Faschismus gekämpft haben, oder bei den Jahrgängen 1920 und jünger, wenn der Ausschuß einstimmig zu der Auffassung kommt, daß eine Gewähr für ihre antifaschistische Entwicklung und Einstellung vorliegt.<sup>16</sup>

Dieser „Anmerkung“ und hier wiederum besonders den Worten „oder auch nachher“ kam eine ausschlaggebende Bedeutung zu. In der Regel war der dokumentarische Nachweis antifaschistischer Tätigkeit während des Nazi-Regimes wohl äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich. Für die Zeit nach dem Sieg der Alliierten gab es jedoch für den Nachweis ein Dokument, das über jeden Zweifel erhaben war: Das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei Deutschlands bzw. der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands garantierte die geforderte „Gewähr für ... antifaschistische Entwicklung und Einstellung“ quasi per

<sup>16</sup> Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowj. Besatzungszone, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Grundlegende Hinweise über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen.

definitionem. Sieht man einmal von der auch geübten Praxis der wissentlichen Täuschung durch Verschweigen der Vergangenheit ab, so bot sich hier eine relativ sichere Chance des Zugangs zum Studium, zumal auch bei der Zulassung der sehr wesentliche soziale Aspekt bald hinter den der Parteimitgliedschaft zurücktrat. Im Wintersemester 1946/47 wurden 1.362 Studenten neu zugelassen, 434 gehörten politischen Parteien an, 348 der SED, 31 der SPD, 37 der CDU und 18 der LPD, 703 waren ehemalige Soldaten, 311 stammten aus der Arbeiterklasse, 47 aus bäuerlichen Schichten.<sup>17</sup>

Bei der mehr und mehr formalisierten Auswahl der Studienbewerber geriet die „zwanglose Prüfungsaussprache“ mit der Prüfungskommission, die über fachliche Fähigkeiten, politische und charakterliche Zuverlässigkeit der Studienanwärter urteilen sollte, bald zum Abhaken der Parteimitgliedschaft und zum Abfragen von Fakten oder von kanonisierten Lehrsätzen des Marxismus-Leninismus, so z.B.:

„Wann wurde Stalin geboren?“

Wann wurde Karl Marx geboren, wann starb er?

An welche Philosophen lehnte sich Marx an?

(Antwort: Feuerbach und Hegel)

Was ist Sozialismus?

Was verstehen Sie unter 'Mehrwert'?

Was bedeutet: „Akkumulation des Kapitals“?

Wie heißt das Standardwerk des wissenschaftlichen Sozialismus?

Welche Partei der sowjetischen Besatzungszone führt Ihrer Meinung nach die Theorien von Marx als einzige praktisch durch?

Warum SED?

Welcher Partei gehören Sie jetzt an? Wenn nein, warum nicht?

Warum sind C.D.U. und L.D.P. gegen den Marxismus?“<sup>18</sup>

In der Medizinischen Fakultät, so ein Bericht der Dekanin:

„Was denken Sie über die Bodenreform?“

Was verstehen Sie unter Demokratie?

Sie wollen doch Arzt werden, haben Sie denn da überhaupt Zeit und Interesse, sich mit Politik zu befassen? (Wehe dem, der dann sagte, nein, ich kümmere mich nur um meine Patienten. Er war unrettbar verloren).

Wann ist Bebel geboren?

Erzählen Sie etwas über den Stand der Friedenskonferenz in Paris. ...“<sup>19</sup>

Andersherum: Wer nicht Mitglied der SED war, hatte auch bei fachlich hervorragender Qualifikation weit geringere Chancen auf Zulassung, wer dagegen - und sei es aus rein opportunistischen Gründen - der Partei beitrug, konnte auch bei fehlender Qualifikation auf wohlwollende Beurteilung rechnen. Das Instrument der Zulassung zum Studium wurde fast nur noch parteipolitisch gehandhabt.

Die Erfahrung, daß qualifizierte Bewerber oft weniger qualifizierten den Studienplatz überlassen mußten, nur weil diese in der Partei waren, produzierte eine „Demoralisierung der Studentenschaft, die dazu verführt wurde, politischen Organisationen beizutreten, deren Ziele sie ablehnte, ja verabscheute.“<sup>20</sup> Gegen die Zulassungspraxis

<sup>18</sup> Handschriftliche "Auswahl von Fragen, die an zwei Studienbewerber der Juristischen Fakultät gestellt worden sind", unterzeichnet mit Gerhard Goetter Neukölln, Friedelstr. 48, in: OMGUS 297 - 3/5 "Berlin University".

<sup>19</sup> Material über die Zulassung der Studenten zum Wintersemester 46/47 an der Universität Berlin, S. 4. Das "Material" ist datiert vom 22.10.46 ohne Verfasser. Aus dem Inhalt ergibt sich jedoch eindeutig als Autorin die Dekanin der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. ElseKnake OMGUS 3/5 - 297 "Berlin University".

<sup>20</sup> Kotowski, Georg: Der Kampf ..., a.a.O., S. 21.

<sup>17</sup> Lönnendonker, Siegwand et al.: Freie Universität Berlin 1948-1973 - Hochschule im Umbruch, Teil I: Gegengründung wozu? (1945-1949), Berlin 1973, S. 3.

xis wurden natürlich besonders in der Presse der Westsektoren schwere Angriffe gerichtet. Vor allem der „Tagesspiegel“ machte sich zum Wortführer dieser Kritiker. Zu den Lizenzträgern des „Tagesspiegels“ gehörte der Kunsthistoriker Prof. Dr. Edwin Redslob, der spätere geschäftsführende Rektor der Freien Universität. In dieser Zeitung hatten die oppositionellen Studenten der Berliner Universität immer ein Sprachrohr. Sie war eine der ersten Institutionen, die den Ruf nach einer neuen Universität im Westen der Stadt aufnahm und mit Nachdruck verfocht.

#### *Der Studentenrat*

Seit Mitte Oktober arbeitete die Studentische AG an einem Studentenstatut für alle Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone mit, das am 17. Dezember 1946 vom Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung als „Vorläufiges Studentenstatut für die Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone“ erlassen wurde. Aufgaben der Studentenschaft waren:

1. Unterstützung des Rektors „bei der Bekämpfung militaristischen und faschistischen Ungeistes und bei der Förderung fortschrittlichen, demokratischen Denkens und Handelns“,
2. Förderung des Studiums,
3. Mithilfe bei der Verbesserung der materiellen Lage der Studenten und
4. Pflege des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in der Studentenschaft.<sup>21</sup>

Ein Wahlgeschenk erhielten die Studenten dazu: Im Januar 1947 erschien die erste Nummer des „FORUM - Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen“ unter sowjetischer Lizenz. Herausgeber und Mitglied der Redaktion war Rudolf. Es wurde damals vermutet, daß die Zentralverwaltung für Volksbildung von den Bemühungen der Studenten um eine Lizenz erfahren hatte und nun ihrerseits schnellstens das „FORUM“ ins Leben rief -

<sup>21</sup> Vorläufiges Statut der Studentenschaft der Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone vom 17. Dezember 1946.

und wegen der sofortigen uneingeschränkten Unterstützung durch die SMAD das Rennen machte. Die ersten Nummern des „Forums“ bemühten sich noch um ein breites Spektrum politischer Meinungen. Otto Stolz war mit einigen Beiträgen vertreten. Mit zunehmender Eskalation des Konfliktes wurde das „Forum“ dann jedoch zum Sprachrohr der SED-Politik.

Am 6. Februar 1947 fanden die Wahlen der Fakultätsräte (54) und des Studentenrates (28) an der Berliner Universität statt. Wahlberechtigte: 4200 Studierende. Wahlbeteiligung: 76,4 %. In die Fakultätsräte wurden keine SED-Vertreter gewählt. Das Ergebnis für den Studentenrat war SPD: 6; CDU: 4; LDP: 2; SED: 4; Parteilose: 12.<sup>22</sup>

#### *Verhaftungen*

Die Reaktion auf die für die SED verlorenen Studentenratswahlen ließ nicht lange auf sich warten<sup>23</sup>. Die Unterdrückung oppositioneller Meinungen schlug in offenen Terror um. Am 8. März 1947 verhaftete der sowjetische Abwehrdienst NKWD die im Zulassungsbüro beschäftigte parteilose Studentin Gerda Rösch, einige Tage später Manfred Klein, Mitglied des Studentenrates, CDU-Vertreter im Zentralrat der FDJ und Mitglied der Katholischen Jugend, den Studenten Probst und den ehemaligen Leiter der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“, Georg Wrazidlo. Wrazidlo hatten verschiedene Studenten in einem amerikanischen Jeep durch den Ostsektor Berlins

<sup>22</sup> Zahlen aus Presseangaben und Rückschluß aus den Ergebnisse der Wahlen zum 2. Studentenrat. P. Nikitin gibt - ohne Quellenangabe - folgende Ergebnisse an: SPD: 4; CDU: 3; LDP: 1; SED: 3; Parteilose: 19. Er führt das schlechte Abschneiden der SED hauptsächlich auf die Tatsache zurück, daß an der Berliner Universität die Tätigkeit politischer Parteien erst im Dezember 1948 „offiziell“ genehmigt wurde. Nikitin: Zwischen Dogma ..., a.a.O., S. 87 ff.

<sup>23</sup> Peter Heilmann sieht als Motiv für die Verhaftungen außer dem Einschüchterungsmoment noch die subjektive Notwendigkeit der neugeschaffenen Staatsorgane für Staatssicherheit, sich selbst durch übertriebene Aktivität legitimieren zu müssen. Vgl. Anm. 15.

fahren sehen, was allgemein als Tollkühnheit galt.

Trotz offenen Protestes des Studentenrates, trotz Verteilung von Flugblättern mit den Namen der drei Verhafteten im Stadthaus konnten die Studenten keine ordentlichen Gerichtsverfahren für ihre Kommilitonen durchsetzen. Am 27. März bat der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, bei der sowjetischen Militärregierung um eine Stellungnahme zu den Verhaftungen, die diese auch erteilte. Am 28. März erschien in der Ostberliner Presse ein Kommuniqué, das die sowjetische Kommandantur einem Vertreter des Nachrichtenbüros der Sowjetischen Militärverwaltung übergeben hatte: „Im März des Jahres wurden sechs Personen wegen geheimer faschistischer Tätigkeit (Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen gegen die Besatzungsbehörden) verhaftet. Unter den Arrestierten befinden sich die Studenten Wrazidlo, Gerda Rösch, Klein und Probst. Letzterer ist, wie festgestellt wurde, ein ehemaliger aktiver SS-Angehöriger, der seinerzeit die SS-Schule absolvierte und durch trügerische Manipulationen in die Universität gelangte. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.“ Die Nachricht über „vielfaches Verschwinden“, so habe der Vertreter der Sowjetischen Kommandantur erklärt, sei erteilt und ziele darauf, die öffentliche Meinung zu irritieren und Unruhe unter den Berliner Studenten hervorzurufen.<sup>24</sup>

Schon die Tatsache, daß die Ostberliner Presse über die Verhaftungen von Studenten - im Unterschied zu den meisten anderen Verhaftungen - überhaupt berichtete, zeigt, daß damit ein bestimmter Zweck verfolgt wurde, nämlich die Studenten einzuschüchtern, die weiterhin versuchen wollten, sich gegen die Umwandlung der Berliner Universität in eine politische Kadernschule unter Anleitung der SED zu wehren. Daß die politischen Studenten auf diesen Druck schließlich mit einer Revolte reagierten, nachdem sie monatelang die

Berliner und die Weltöffentlichkeit auf diese Mißstände hingewiesen und gegen sie gekämpft hatten, brachte die SMAD und die Zentralverwaltung jedoch nicht zur Umkehr: Sie erhöhte nach Gründung der Freien Universität den Druck weiter. Als die Studenten der Humboldt-Universität in einem Brief Prof. Solotuchin um Mithilfe bei der Aufklärung über die Gründe der Verhaftungen baten, empfing dieser den Vorstand des Studentenrates am 1. April 1947 und erklärte, die Personen seien nicht in ihrer Eigenschaft als Studenten, sondern als deutsche Staatsbürger verhaftet worden. Es sei im übrigen nicht Sache der Studenten, sich mit dergleichen Angelegenheiten zu beschäftigen und der sowjetischen Besatzungsmacht vorzuschreiben, wer zu verhaften und wie dabei vorzugehen sei. Er habe vom Studentenrat eher erwartet, daß dieser sich öffentlich eindeutig gegen jegliche faschistische Aktivität ausgesprochen hätte, statt den Eindruck zu erwecken, Studenten zu schützen, die „wegen bewiesener faschistischer Aktivitäten“ verhaftet worden seien. Einen Beweis dafür lieferte auch er nicht.<sup>25</sup> Das Amt für Gesamtdeutsche Fragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften teilte später mit, daß Manfred Klein und Georg Wrazidlo zu je 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren. Georg Wrazidlo blieb bis Oktober 1956 in Haft.

Diese Verhaftungen waren nicht die einzigen. Eine Liste der amerikanischen Militärregierung in Berlin vom 30. Juli 1947 weist 40 Fälle erfolgreicher oder versuchter Entführungen mit Namensangaben und näheren Angaben zum jeweiligen Tathergang aus<sup>26</sup>, eine spätere der SPD 6 455!<sup>27</sup> Eine

<sup>25</sup> Office Of Military Government - Berlin Sector, Civil Administration & Political Affairs Branch, Weekly Political Intelligence Report, Confidential, Number 17, 28 March - 3 April 1947, OMGUS 1/4 - 133 "Soviet Arrests and Missing Persons".

<sup>26</sup> Office Of Military Government - Berlin Sector, Compilation of Reports from Public Safety and Civil Administration Branches, OMG Berlin Sector, regarding Abduction and Apprehension of German Nationals, APO 742-

<sup>24</sup> "Neues Deutschland" vom 28. März 1947.

nach Angaben des Amtes für gesamtdeutsche Fragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften von Marianne und Egon Erwin Müller angefertigte Liste nennt 407 Namen von bis zum Juni 1953 verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten.<sup>28</sup> Auch in anderen Universitätsstädten ereigneten sich regelrechte „Verhaftungswellen“.<sup>29</sup> Falls überhaupt, wurden die Verhaftungen zunehmend mit Spionagetätigkeit begründet.<sup>30</sup> Bei den Studenten-

räten machte sich Unsicherheit unter den nicht der SED angehörenden Mitgliedern breit, da diese überzeugt waren, daß sie von SED-Mitgliedern bespitzelt wurden. Trotzdem setzten sie ihre Arbeit fort, in Berlin vor allem unterstützt durch die Presse in den Westsektoren. Natürlich hatten die Verhaftungen ihre psychische Wirkung auf die Studenten nicht verfehlt, und allgemein glaubte kaum noch jemand ernsthaft an eine Zusammenarbeit mit den SED-Mitgliedern in den Studentenräten. Trotzdem hofften viele, daß die SED hauptsächlich um des demokratischen Images willen von weiteren Verhaftungen Abstand nehmen würde. Daß die SED die „bürgerlichen“ Hochschulgruppen weiterhin bestehen ließ, um so deren exponierteste Vertreter besser unter Kontrolle zu haben, ist eine naheliegende Vermutung.

Auf der Konferenz der Volksbildungsminister der sowjetischen Besatzungszone am 18./19. März wurde der Entwurf für eine Disziplinarordnung angenommen, nach dem Studenten, die „antidemokratische Anschauungen verbreiten oder an ihrer Verbreitung mitwirken“, fristlos der Universität verwiesen werden sollten. In der Praxis hieß das, daß jegliche Art von Opposition, von der Parteilinie abweichende Meinungen oder Widerspruch gegen die Zulassungspolitik nach parteipolitischen Gesichtspunkten als Grund für die Exmatrikulation herhalten konnte.

#### *Das „colloquium“*

Erster sichtbarer Erfolg der Bemühungen der Studenten um Unterstützung durch die West-Alliierten war das Erscheinen des „colloquium - Zeitschrift für junge Akademiker“ im Mai 1947 unter amerikanischer Lizenz und mit amerikanischer finanzieller Unterstützung.<sup>31</sup> Grundlage der Zeitschrift

A, US Army, OMGUS 1/4 - 133 "Soviet Arrests And Missing Persons 1946-49".

<sup>27</sup> "Politisch organisierte Personen: gesamt 185, Berlin 82, Zone 103; Personen ohne Parteimitgliedschaft: 1.737, 1.435, 302; Jugendliche: 1.584, 354, 1.230; NSDAP-Mitglieder, Berlin und Zone: 2.949." Report on persons kidnaped after June 1945 in Berlin and the zone as of Dec 1947, OMGUS 1/4 - 133 "Soviet Arrests and Missing Persons".

<sup>28</sup> Müller, Marianne und Egon Erwin: "...stürmt die Festung Wissenschaft!" - Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1955, S. 363 ff.

<sup>29</sup> So im Spätsommer 1947 in Leipzig. Vgl. Müller, a.a.O., S. 99.

<sup>30</sup> Die SED erklärte z.B., die Verhaftungen der Leipziger Studenten seien aufgrund "sensationaler Enthüllungen" des ehemaligen Jenaer Studenten Schmiedl über die "Spionagetätigkeit des Ostbüros der Schumacher-SPD" erfolgt. "Forum" Nr. 2, 3. Jg. 1949, S. 19. In der Tat gab es unter den Verhafteten einige, die für westliche Militärdienststellen Berichte über die Lage an den Universitäten gegeben hatten. Der Dresdner Gerd Wagner verantwortlich für die Jugendarbeit der LDP in Sachsen, besuchte innerhalb seiner Parteilinie regelmäßig Berlin. Gewöhnlich sprach er dann auch bei der Youth Activities Section, Education and Religious Affairs Branch der Amerikaner vor und berichtete dort über Jugendarbeit in Sachsen: über die fünf Jugenderschulen der FDJ, über die Länge der Kurse, über die FDJ-Konferenz auf dem Hohen Meissner, über Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner FDJ zwischen Axen FDJ, Kessler FDJ, und Kerner FDJ, auf der einen Seite, weil letztere nicht bedingungslos die Parteilinie vertraten etc. Das Dossier nennt einige Termine Wagners beim zuständigen amerikanischen Offizier Tracy Strong, jr 17. März, 1., 10. und 25. April und 7. Mai 1947. Wagner

verschwand Mitte Oktober. OMGUS 1/5 - 297 "Youth Activities".

<sup>31</sup> Z.B. durch "einmalige Zuschüsse": "... In addition, there have been a number of small one-time grants for worthy causes: D-Marks West 1000.00 for the Bischoefliches Ordinariat for Catholic Youth Relief Work, D-Marks West 500.00 to the Dom Bosco School, D-Marks

„colloquium“ sollte „die geistige Auseinandersetzung und Klärung der jungen Akademikergeneration sein, das heißt, genauer gesagt, der Generation der Zwanzig- bis Vierzigjährigen. ... Freiheit, Humanität und Menschenrechte sind für uns unveräußerliche Werte, und jeder, der sie anzutasten wagt, wird von uns unnachsichtig bekämpft werden. ... Wir wollen es ruhig aussprechen, wir werden auf diesen Seiten alles kritisieren, was der Kritik wert ist. Kritik um der Kritik willen aber lehnen wir ab.“<sup>32</sup>

Die Zeitschrift erschien mit einer Startauflage von 10 000 Exemplaren, Herausgeber waren der Vorsitzende der Studentischen Arbeitsgemeinschaft, Otto H. Hess, und der von der SMAD abgesetzte erste Vorsitzende des „Zentralausschusses der Studentenschaft“, Joachim Schwarz, der gleichzeitig Chefredakteur war. Auffällig ist, daß weder im programmatischen Beitrag „Zum Geleit“ noch in den folgenden Artikeln Begriffe wie „antifaschistisch-demokratische Erziehung“ oder „reaktionär-diktatorische Einflüsse“ auftauchen. Dafür fallen einige lateinische Zitate ohne Übersetzung auf („Plenus venter non studet libenter“, „De gustibus non est disputandum“), die Rückschlüsse auf die angesprochene Leserschaft zulassen.

Parteipolitik wollten die Herausgeber nicht betreiben, „nicht etwa, weil wir nicht könnten, sondern weil es unser Prinzip ist“. Im Beitrag „Das kleine Colloquium“, einem fingierten Gespräch zweier Kommilitonen, kommt dann endlich die erwartete Anspielung auf das „Forum“: „... Ach, unter amerikanischer Lizenz. Dann gilt für unsere Kommilitonen von Rostock bis Jena und auch Halle wieder: colloquium non est agitandum plebem!“ - 'Dafür haben sie ja ihren Markt: cum >Forum< uti foro!“<sup>33</sup> (Mit dem >Forum< sich den bestehenden Ver-

hältnissen anpassen!, S.L.) Das war schon eine deutliche Abgrenzung zur Hochschulpolitik der Zentralverwaltung. Ein Mitglied der Vorstudienanstalt war kaum in der Lage, das zu verstehen. Hier kam ein wenig Dünkel ans Licht: Man nahm diese Emporkömmlinge ohne echte matura nicht für vollwertige Studenten. Der ausdrückliche Ein-schluß der bis 40-jährigen in die „junge Akademikergeneration“ war die „bürgerliche“ Interpretation der Absicht der sowjetischen Militärverwaltung, möglichst nur junge Leute zum Studium zuzulassen. Die ersten Nummern des „colloquium“ enthielten sich allerdings jeglichen Angriffes auf die SMAD oder die Zentralverwaltung. Die Verhaftungen und Entführungen von Studenten wurden nicht einmal erwähnt, geschweige denn Forderungen nach ordentlichen Gerichtsverfahren o.ä. erhoben.

#### *Pädagogische Fakultäten*

Im Wintersemester 1947/48 erließ die SMAD den Befehl zur Gründung von Pädagogischen Fakultäten. Ebenso wie die etwas später gegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten die alten Juristischen Fakultäten ersetzen sollten, waren die Pädagogischen dazu ausersehen, auf lange Sicht die Philosophischen Fakultäten als Lehrerausbildungsstätten überflüssig zu machen. Entsprechend den gesellschaftlichen Umschichtungen in der sowjetischen Besatzungszone sollten auch die Universitäten umstrukturiert werden, um für die aktuellen tagespolitischen Aufgaben beim Aufbau des demokratischen Sozialismus genügend Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Die „Träger des neuen Staates“ sollten in ihrer ideologischen Einstellung möglichst „fortschrittlich“ sein, was aktive SED-Mitgliedschaft bedeutete. Da es bei den Abiturienten an geeigneten Bewerbern mangelte, wurden auch Neulehrer und andere Bewerber zugelassen. Die Kommissionen, die darüber zu befinden hatten, waren mehrheitlich mit SED-Mitgliedern besetzt. Die Pädagogischen Fakultäten unterstanden direkt der SMAD, die Studenten erhielten weit höhere Stipendien als andere (140 Mark pro Monat war normal), das

West 500.00 to the Free University student paper 'Colloquium'..." "Reorientation in Berlin: a Balance Sheet", gezeichnet: "CBG/he, 25 May 49". OMGUS 2/4 - 11 "Higher Education". (Fehler im Original)

<sup>32</sup> "colloquium", 1. Jg., Nr. 1, Mai 1947, S. 1 f.

<sup>33</sup> ebda., S. 29.



Studium war kostenlos. Die Dekanate setzten die verbindlichen Studienpläne der Pädagogischen Fakultäten fest. Das Studium schloß nach sechs Semestern mit der ersten Lehrerprüfung ab, nach zwei weiteren Semestern und der zweiten Lehrerprüfung wurde die Berechtigung zur Lehrtätigkeit an den oberen Klassen der Einheitsschule erteilt.

#### *Die Wahlen zum 2. Studentenrat*

Zu den Neuwahlen der Studentenräte Anfang des Wintersemesters 1947/48 waren wiederum Kandidaten der „bürgerlichen“ Parteien zugelassen. Mitte November faßte der Studentenrat einen einstimmigen Beschluß: „Der Abschlußtermin für die Kandidatenmeldung zum neuen Studentenrat und damit die Wahl überhaupt wird so lange hinausgeschoben, bis die seit neun Monaten schwebenden Disziplinarverfahren gegen die Medizinstudenten Hartmann und Cwick geregelt sind.“ Beide waren im Februar wegen politischer Vorkommnisse bei den Vorklinikern von der Kandidatenliste gestrichen worden, weil ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet worden war. Daß nach neun Monaten immer noch keine Entscheidung gefallen war, erregte auch die SED-Mitglieder. Otto H. Hess erklärte gegenüber der Presse, er könne es niemandem übelnehmen, wenn er unter diesen Umständen keine Lust verspüre, zum neuen Studentenrat zu kandidieren.

Auch zu den zweiten Studentenratswahlen an der Humboldt-Universität gaben die Hochschulgruppen der drei nicht-kommunistischen Parteien wieder eine gemeinsame Wahlempfehlung, die von den Studenten weitgehend akzeptiert wurde. Die Wahlen am 11. Dezember 1947 brachten eine Wahlbeteiligung von 75,5 %. Von den 30 Mandaten entfielen zwei auf Kandidaten, die - meistens nur ungern - eine SED-Mitgliedschaft angegeben hatten (eins weniger als bei den Wahlen im Februar), die SPD erhielt drei Sitze (-3), die CDU drei (-1), die LDP einen Sitz (-1). Auf die Parteilosen entfielen 21 Mandate. In der Philosophischen Fakultät erhielt der Vorsit-

zende der SPD-Hochschulgruppe, Otto Stolz, mehr als zwei Drittel der Stimmen. In der Juristischen Fakultät wurde der Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe, Ernst Benda, gewählt. Die gewählten SED-Mitglieder waren Studenten der neu eingerichteten "Pädagogischen Fakultät".

#### *"Relegationen"*

Am 16. April 1948 widerrief der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, Wandel, seine Zustimmung zur Immatrikulation der Studenten Otto Stolz (SPD), Otto H. Hess (SPD, erster frei gewählter Vorsitzender der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“) und Joachim Schwarz (CDU) „im Hinblick auf die in Ihrer publizistischen Tätigkeit liegende Verletzung von Anstand und Würde eines Studierenden“. Offizieller Anlaß für die „Relegation“ war eine im Januar im „colloquium“ veröffentlichte despektierliche Glosse über den Akt der Rektoratsübergabe an Prof. Dr. Hermann Dersch, in dem auch auf dessen 1934 erschienenen Kommentar zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ hingewiesen wurde.<sup>34</sup>

Ungefähr 2000 Studenten beteiligten sich am 23. April 1948 an einer Protestversammlung im Hotel Esplanade, auf der von den Studenten zum ersten Mal öffentlich die Einrichtung einer separaten „freien“ Universität in den West-Sektoren gefordert wurde. Dies war die Initialzündung. Während der von den Sowjets verhängten Blockade arbeiteten die oppositionellen Studenten zusammen mit den Amerikanern, dem Senat und dem „Tagesspiegel“ fieberhaft für eine neue, freie Universität. Einen Tag später wurde der amerikanische Journalist Kendall Foss auf seinen Wunsch von

<sup>34</sup> "colloquium", 2. Jg., Nr. 1, Januar 1948, S.24. In der Schrift zum 150jährigen Bestehen der Humboldt-Universität und zum 250jährigen der Charité "Die Humboldt-Universität. Gestern - heute - morgen" taucht unter der Rubrik "Rektorate der im Text genannten Hochschul-lehrer" der Name Dersch nicht mehr auf. Die "Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810-1960" führt eine solche Liste überhaupt nicht.

General Lucius D. Clay beauftragt, die Möglichkeiten für die Errichtung einer eigenständigen Universität in den drei West-Sektoren zu prüfen, ohne jedoch seinen Auftrag bei den Verhandlungen mit den Deutschen allzu offen bekannt geben zu dürfen. Die Amerikaner vertraten diese Doppelstrategie, weil sie noch um einen *modus vivendi* mit den Sowjets bemüht waren.

Am 4. Mai 1948 bildete der amerikanische Stadtkommandant, General Hays, eine inoffizielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Kendall Foss, in der amerikanische Dienststellen und Persönlichkeiten vertreten waren. Der Kontakt zu den Deutschen wurde durch Fritz von Bergmann, dem späteren Sekretär des „Vorbereitenden Ausschusses der Freien Universität“, eingeleitet. Am 11. Mai 1948 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der SED den Magistrat von Groß-Berlin, Maßnahmen zur Errichtung einer "freien Universität" zu ergreifen. Am 19. Juni 1948, einen Tag vor der separaten Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen, fand eine informatorische Besprechung über die Möglichkeiten zur Gründung einer freien Universität in den westlichen Sektoren statt, aus der sich ein „Vorbereitender Ausschuß“ konstituierte. Am 24. Juni 1948, einen Tag nach der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone und in Groß-Berlin durch Befehl Nr. 111 von Marschall Sokolowskij, dehnten die Kommandeure der französischen, britischen und amerikanischen die westliche Währungsreform auf ihre Sektoren aus. Das war der Beginn der Blockade West-Berlins, die wiederum die Anstrengungen der an der FU-Gründung Beteiligten beflügelte.

Nach der Zustimmung des Magistrats zur Einrichtung einer Freien Universität in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts genehmigte die Stadtverordnetenversammlung am 4. November 1948 die Satzung der FU. Zum ersten Mal hatte die Studentenschaft Sitz und Stimme in allen Organen der Universität. Diese genoß Wirtschaftsautonomie, die Wirtschaftsver-

waltung erfolgte durch ein "Kuratorium", das vom Regierenden Bürgermeister geleitet wurde. In § 12 hieß es: „Die ordentlichen Professoren können auf Lebenszeit angestellt werden.“ Eine Bestimmung, mit der sich die Amerikaner nur schwer anfreunden konnten, die aber den bis dahin eher zögerlichen Professoren der Humboldt-Universität den Wechsel zur FU erleichtern sollte. (Bekanntlich hatte dieser Passus dann auch den Rang einer Muß- und nicht einer Kann-Bestimmung.) Am 10. November 1948 wechselte der 86-jährige Historiker Friedrich Meinecke zur Freien Universität, deren erster Rektor er wurde.<sup>35</sup> Am 4. Dezember 1948 fand die Gründungsfeier der „Freien Universität Berlin“ im Titania-Palast statt.

In ihrer Gründungsphase erfüllte die Freie Universität Berlin ihre Aufgabe und ihr Selbstverständnis, Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden zu sein, wie keine Universität vorher oder nachher, sie selbst eingeschlossen. Die gemeinsamen Erfahrungen unter der nationalsozialistischen Diktatur, die enttäuschten Hoffnungen, die Unterdrückung und schließlich der offene Terror der SMAD und des SED-Regimes erzeugten einen politischen Konsens aller Mitglieder der Universität. Verstärkt wurde dieses Gefühl der Gemeinschaft noch durch die gemeinsame Alltagsarbeit beim Aufbau der Universität, bei der Beschaffung von Büchern, Möbeln, Heizmaterial usw. Undenkbar war zu dieser goldenen Zeit des „Gründergeistes“, daß eine Gruppe - auch nicht die der Studenten - bei Entscheidungen in den Gremien überstimmt wurde. Wenn jemals eine Universität den Namen Humboldts verdiente, dann

<sup>35</sup> Meinecke war als einziger an der Berliner Universität ordentlicher Professor gewesen. Außer ihm kamen 1948 noch Hans Freiherr von Kreß (Innere Medizin), Friedrich Goethert (Archäologie), der Germanist Hermann Kunisch und der Islamwissenschaftler Walther Braune (sie waren bis dahin Professoren mit Lehrauftrag), sowie die Lehrbeauftragten Carl-Ulrich Fehr (Zahnheilkunde), Wilhelm Eich (BWL) und Leonhardt Auerbach (Zivilprozeß).

die Freie Universität zu dieser Zeit. Überall ihre Alltagsorgen versäumte sie jedoch die Pflege ihres politischen Images, und andere griffen zu: Im Sommersemester 1949, kurz vor Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, heftete die kommunistische Zentralverwaltung im Ostteil der Stadt ihrer Universität das Gütesiegel der Männer an, deren Geist ihr auch für die nächsten 40 Jahre verweigert wurde, sie gab ihr den Namen „Humboldt-Universität“.

### Literatur:

- colloquium, 1. Jg., Nr. 1, Mai 1947  
 colloquium, 2. Jg., Nr. 1, Januar 1948  
 Forum Nr. 2, 3. Jg. 1949  
 Forum Nr. 5, Berlin 1948  
 Heinrich, Klaus: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität, in: Das Argument Nr. 43, Heft 2/3 Juli 1967  
 Kotowski, Georg: Der Kampf um Berlins Universität, in: Veritas \* Iustitia \* Libertas - Gedenkschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia-University New York, Berlin 1954  
 Lönnendonker, Siegward et. al.: Freie Universität Berlin 1948-1973 - Hochschule im Umbruch, Teil I: Gegengründung wozu? (1945-1949), Berlin 1973  
 Lönnendonker, Siegward: Freie Universität Berlin - Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988  
 Maskolat, Henny: Arbeiterbewegung und Berliner Universität in der Periode der Wiedereröffnung 1945/46, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. XV (1966), Heft 4  
 Müller, Marianne und Egon Erwin: "...stürmt die Festung Wissenschaft!" - Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1955  
 Nikitin, Pjotr. I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Berlin 1997  
 Office Of Military Government - Berlin Sector, Civil Administration & Political Affairs Branch, Weekly Political Intelligence Report,

Confidential, Number 17, 28 March - 3 April 1947, OMGUS 1/4 - 133 "Soviet Arrests and Missing Persons"

Office Of Military Government - Berlin Sector, Compilation of Reports from Public Safety and Civil Administration Branches, OMG Berlin Sector, regarding Abduction and Apprehension of German Nationals, APO 742-A, US Army, OMGUS 1/4 - 133 "Soviet Arrests And Missing Persons 1946-49"

Shafer, Paul: History of the Control of the University of Berlin, Paper vom 26. März 1946, Ch. W.; OMGUS 3/4 - 10 "University Papers 1948"

Spranger, Eduard: Private Darstellung meiner Tätigkeit als kommissarischer Rektor der Universität Berlin, vom 7. September 1945, OMGUS 3/5 - 297

Spranger, Eduard: Die Universität nach Kriegsende 1945 (aufgrund von Aufzeichnungen aus dem Jahre 1945 geschrieben 1953 bis 1955), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. X, Tübingen/Heidelberg 1970  
 Verordnungsblatt der Stadt Berlin, 1. Jg. 1945